

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

6.11.1930 (No. 259)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsriedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. K. M. e. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einjähr. 32,50 RM. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Abat, der als Kassensabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Verbreitung und Kontroversverfahren fällt der Abat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsführung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Verzögerung übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralfachlehrer für Baden, Badischer Zentralsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Das RWE und die Wasserkraft im Süden

In dem Geschäftsbericht des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks AG. in Essen für 1929/30 heißt es: Der in den letzten Jahren unter großen Aufwendungen planmäßig durchgeführte Ausbau unseres Höchstspannungsnetzes mit dem Anschluß an die Wasserkraft des Südens und einer Verbindung sämtlicher Energiequellen wurde fortgesetzt; er geht nunmehr seinem Ende entgegen. Im Geschäftsjahr wurde die 220/380 000-Voltleitung nach dem Süden bis nach Bludenz zum Anschluß an die Wasserkraftanlagen der Vorarlberger Illwerke AG. in Bregenz fertiggestellt. Es wurden ferner die 220 000-Voltstationen und Leitungen mit einer Spannung von 220 000 Volt in Betrieb genommen. Nachdem der Probebetrieb auf einzelnen Strecken munter abgelaufen war, erfolgte im Oktober 1929 die Lastübernahme und der ordnungsmäßige Betrieb sämtlicher Stationen vom Goldenberg-Werk über die Hauptstation Braunweiler bis zur Station Hoheneck bei Stuttgart. Alsdann wurde auch im Januar 1930 die Nordleitung über Wiesel nach Zibbenbüren mit 220 000 Volt in Betrieb genommen. Anfang April wurde die Leitung von Hoheneck bis Bludenz in Vorarlberg unter Spannung gesetzt und am 17. April erfolgte zum erstenmal die Parallelschaltung zwischen den Wasserkraftanlagen der Alpen in Vorarlberg mit den Kraftwerken des rheinisch-westfälischen Industriebezirks. Inzwischen war auch die Erweiterung des Goldenberg-Werkes um weitere 100 000 Kilowatt in Knapfack fertiggestellt, so daß nunmehr das Goldenberg-Werk mit 500 000 Kilowattleistung an der Spitze der Kraftwerke in Deutschland steht. Auch das Pumpspeicherkraftwerk Herdecke wurde fertiggestellt und kam mit seinen vier Maschinen nach und nach vom Januar bis Juni in Betrieb. Die Betriebsführung des 220 000-Voltsystems in seiner Ausdehnung von etwa 800 Kilometern von den Alpen bis nach Rheinland und Westfalen vollzieht sich anstandslos. Vor allem bewährt sich auch die Zusammenarbeit des Pumpspeicherkraftwerkes Herdecke mit diesem Netz. Es war uns so u. a. möglich, auch die Nachtenergie von Vorarlberg aufzunehmen, indem wir sie in Tagesenergie umwandeln.

Im laufenden Geschäftsjahr wurde der Bau des Hochspannungsnetzes fortgesetzt, insbesondere wurde auch der Bau der 220/380 000-Voltleitung von der Station der Sübleitung Herberlingen in Württemberg nach Tiengen bei Waldshut zum Anschluß mit den Kraftwerken Häusern und Eichholz der Schluchseerwerke AG. und der Oberrhein-Wasserkraft in Angriff genommen, so daß mit der Fertigstellung der ersten Stufe der Schluchseerwerke mit der Lastübernahme begonnen werden kann. Der vorläufige Betrieb der Kraftwerke Häusern und Eichholz wird voraussichtlich Ende des Kalenderjahres aufgenommen werden können, während die für den Jahresspeicherbetrieb notwendige Staumauer erst im nächsten Jahr der Vollendung entgegengehen wird.

Das Rheinkraftwerk Albrunn-Dogern AG. in Waldshut am Rhein, an dem wir mit 77 Proz. des Kapitals beteiligt sind, hat inzwischen den Ausbau der Kraftstufe des Oberheins bei Albrunn-Dogern begonnen. Die Gesellschaft hat zu diesem Zweck, in ähnlicher Weise wie die gewöhnlich lebenden Jahresberichte die Vorarlberger Illwerke AG. und die Schluchseerwerke AG. getan haben, eine Anleihe aufgenommen, und zwar zu 5 1/2 Proz. in Höhe von 40 000 000 Schweizer Franken mit 30jähriger Laufzeit.

Einen ähnlichen Vertrag haben wir auch mit der von Reich und Ländern zur Kanalisierung des Neckar errichteten Neckar-AG. geschlossen. Diese hat in gleicher Weise im letzten Geschäftsjahr zur Fertigstellung der Neckar-Kraftwerke: Neckar-Gemünd, Neckarsteinach, Hirschgorn und Rodenau, eine Anleihe zu 6 Proz. in Höhe von 7 000 000 holl. Gulden mit einer Laufzeit von 40 Jahren aufgenommen. Auch hierfür haben wir die Baubürgschaft zusammen mit der Hessischen Eisenbahn AG. in Darmstadt übernommen. Zwei dieser Kraftstufen werden im laufenden Geschäftsjahr voraussichtlich in Betrieb kommen.

Die Krawertwerke AG. in der Schweiz, die die Konzession für die Kraftstufen Klingnau und Wildegg-Trugg der Aare besitzt, und an der wir uns gemäß unserem letzten Jahresbericht mit 80 Proz. des Kapitals beteiligten, war bei Ablauf des Berichtes noch mit der Ausarbeitung der Projekte für diese Kraftstufen beschäftigt. Wir haben zur Aufnahme dieser unserer Beteiligung und auch unserer Beteiligung an der Vorarlberger Elektrizitäts-Leitungs-G. m. b. H. in Bregenz, die über ihre Leitungsanlagen den Strom der Vorarlberger Illwerke AG. von Bludenz bis zur Landesgrenze befördert, zusammen mit befreundeten Schweizer Gesellschaften die „Finelctra“ Finanzgesellschaft für Elektrizitätsbeteiligungen AG. in Aarau gegründet, mit einem Aktienkapital von 30 000 000 Schweizer Franken, die diese Beteiligungen mit unserm Unternehmen betrauen.

Spanien und die Beschickung der „Baden“. Wie aus Madrid gemeldet wird, hat der spanische Außenminister in einem Kabinettsrat über die Schritte berichtet, die die Vertreter Spaniens in Berlin und in Rio de Janeiro unternommen haben, um die Verantwortlichkeit für die Beschickung des Dampfers „Baden“ festzustellen und für die spanischen Opfer der Beschickung Entschädigung zu fordern.

Englische Studenten gegen eine Vertreterin der deutschen Völkervereinigung. In Glasgow wurde am Mittwoch der Vertreterin der deutschen Völkervereinigung, Gräfin Dohna, die einen Vortrag vor der Studentenvereinigung der Universität Glasgow halten sollte, ein höchst unhöflicher Empfang zuteil. Sie sah sich schließlich genötigt, ihren Vortrag wegen des Lärmes zu unterbrechen. Ein Sprecher gab der Ansicht Ausdruck, daß dies der unhöflichste Empfang sei, der je einem Besucher der Glasgower Universität zuteil geworden sei.

Letzte Nachrichten

Sanierungsprogramm und Länder Gehaltskürzung bereits am 1. Januar?

M. Berlin, 6. Nov. (Priv.-Tel.) In politischen Kreisen wird angenommen, daß ein Kompromiß zwischen der Reichsregierung und den Ländern so gut wie fertig ist. Dabei wird erwartet, daß die schon gestern vielfach als in Aussicht stehend bezeichnete Kürzung der Beamtengehälter nicht, wie ursprünglich beabsichtigt war, erst am 1. April, sondern schon ab 1. Januar erfolgt. Vielleicht wird eine gewisse Staffelung zugunsten der unteren Beamten vorgenommen.

B.D.S. Berlin, 6. Nov. (Tel.) Die Vereinigten Ausschüsse des Reichsrates feierten am Donnerstag früh unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dietrich die Beratung des Gesetzentwurfes zur Einschränkung des Personalansatzes in der öffentlichen Verwaltung fort. Die Entscheidung über die Frage, ob die Vorlagen noch einer zweiten Beratung im Ausschuß unterworfen werden sollen, wurde, wie das B.D.S.-Büro hört, bis zum Schluß der Sitzung verschoben.

Die Grüne Front beim Reichskanzler

M. Berlin, 6. Nov. (Priv.-Tel.) Der Reichskanzler empfing heute in Anwesenheit des Ministers Schiele die Vertreter der „Grünen Front“, die zur Zeit in Berlin sind. Sie trugen unter Berufung auf ein an die Regierung gerichtetes Schreiben die Notlage der Landwirtschaft vor und stellten eine Reihe von Maßnahmen als unbedingt notwendig hin, die aber sofort in Angriff genommen werden müßten. Der Kanzler entsagte, daß die einmütige Auffassung des Kabinetts dahin gehe, solche Maßnahmen mit äußerster Beschleunigung zu ergreifen.

Die Wahlen in Amerika

Demokratische Siegesmeldungen — Wer hat die Mehrheit in Repräsentantenhaus und Senat?

New York, 6. Nov. (Tel.) Heute früh fehlen noch die Ergebnisse für 6 Sitze in Kentucky und 2 in Minnesota. Trotzdem meldet „Times“ jetzt schon einen günstigen Ausgang für die Demokraten, indem sie diesen 218 Kongresssitz und damit die absolute Mehrheit gibt. Unbestimmt ist auch noch der Ausgang der Senatswahlen, wo gleichfalls noch ein Sitz in Kentucky und einer in Minnesota aussteht. Das „Louisville „Courier Journal““ sieht die Niederlage der republikanischen Senatskandidaten in Kentucky bereits als gesichert an, wodurch die Demokraten nunmehr 47 Senatsitze inne hätten. Andererseits erscheint der anfänglich sicher erwartete Sieg des demokratischen Senatskandidaten in Minnesota noch zweifelhaft. Doch rechnen die Demokraten auf 48 Senatsitze.

B.D.S. New York, 6. Nov. (Tel.) In den 32 Staaten, wo Gouverneurswahlen stattgefunden haben, erhielten die Demokraten bis jetzt 16 und die Republikaner 11 Sitze.

Einzelresultate

Der Sieg des demokratischen Gouverneurs des Staates New York, Roosevelt, der mit nahezu 800 000 Stimmen wiedergewählt wurde, ist besonders dadurch bemerkenswert, daß der Gouverneur auch in den stark republikanischen Distrikten außerhalb der Stadt New York eine Mehrheit von etwa 170 000 Stimmen erzielte. Die Demokraten gewannen in dem Provinzialparlament des Staates New York 7 neue Sitze. Die Mehrheit bleibt jedoch den Republikanern. In der Stadt New York wurde das republikanische Mitglied des Repräsentantenhauses, Frau Pratt, mit nur 600 Stimmen Mehrheit wiedergewählt. Ihr demokratischer Gegenkandidat unterlag anscheinend nur deshalb, weil in diesem Bezirk auch der weit über New York hinaus bekannte Journalist Heywood Brown auf der sozialistischen Liste stand, was zur Zersplitterung der demokratischen Stimmen führte.

In Staate Kansas unterlag der bisherige republikanische Senator Allen, einer der Wortführer Hoobers im Bundes-senat. Im Staate Massachusetts siegte der demokratische Senatskandidat über den Republikaner Butler, den Freund und Vertrauten des Präsidenten Hoover. In Minnesota wurde zum erstenmal ein der Farmer- und Arbeiterpartei angehörender Kandidat für den Gouverneursposten gewählt. In Northampton (Massachusetts), der Heimatstadt des früheren Präsidenten Coolidge, siegte die Demokraten trotz einer Rede Coolidges im Rundfunk, in der er sich für den republikanischen Kandidaten einsetzte.

Bei der Volksabstimmung über die Prohibitionsfrage stimmten im Staate Rhode Island 172 545 für und 48 540 gegen die Aufhebung des Prohibitionsgesetzes. Im Staate Illinois, wo gleichfalls eine Volksabstimmung über die Alkoholfrage stattfand, sprachen sich 428 511 gegen, 157 465 für die Aufrechterhaltung des Prohibitionsgesetzes aus.

Reichsaussenminister Curtius wird voraussichtlich in einigen Tagen nach Dänemark fahren, um dort die politische Lage zu besprechen.

*Reichskabinetts und Lohnpolitik

Bedenkliche Formen der Verhetzung

In sehr beachtenswerter Weise hat dieser Tage Reichsarbeitsminister Stegerwald die Stellung des Kabinetts zu den lohnpolitischen Auseinandersetzungen der letzten Zeit dargelegt. Das Kabinetts hatte seinen Ausführungen nach die Wahl unter drei Möglichkeiten. Die eine Möglichkeit hieß: Stabilisierung der jetzigen Löhne, also offizielles Eintreten der Reichsregierung für die Aufrechterhaltung des bisherigen Lohnniveaus. Die zweite Möglichkeit hieß: Entfesselung des freien Spiels der Kräfte unter völliger Neutralität der Reichsregierung.

Beide Möglichkeiten konnten bei ernstlicher Prüfung der Sachlage praktisch nicht in Betracht kommen. Aus den früheren Kundgebungen des Reichskanzlers, des Reichswirtschaftsministers und des Reichsarbeitsministers hatte man bereits zur Genüge erkennen können, daß die Reichsregierung eine Stabilisierung der jetzigen Löhne für aussichtslos hält. In verschiedenen programmatischen Erklärungen hatte sich die Reichsregierung vielmehr zu dem Grundsatze bekannt, daß, wenn man die Wirtschaft wirklich von der Basis ihrer eigenen Funktionsbedingungen her sanieren will, dann unbedingt die Gesteungskosten und damit wohl auch die Lohnkosten reduziert werden müssen.

Dem freien Spiel der Kräfte, also einem mit den Mitteln des Streiks durchgeführten Kampf konnte die Reichsregierung aber die Beantwortung der Frage einer Reduzierung des Lohnniveaus auch nicht überlassen. In einer dermaßen aufgeregten Zeit wie der heutigen ist es die Pflicht der Regierung, alles zu tun, um solche Streiks zu verhindern.

Die Reichsregierung hat sich für die dritte Möglichkeit entschieden. Und diese Möglichkeit heißt: Regulierendes Eingreifen durch das Kabinetts bzw. durch den Schlichtungsapparat und den Reichsarbeitsminister. Das Kabinetts verzichtet auf eine eigene Initiative und überläßt es zunächst der Wirtschaft, praktisch also den Arbeitgebern, die Gesteungskosten der Ware so herabzudrücken, daß niedrigere Preise eingeführt werden können. Sind nach Ansicht der Arbeitgeber Lohnreduzierungen bei einer solchen Senkung der Gesteungskosten nicht zu umgehen, so werden die diesbezüglichen Lohnsätze gefündigt und neue Verhandlungen eingeleitet. Spitzen sich diese Verhandlungen zu einem Konflikt zu, so behält sich die Reichsregierung die Möglichkeit regulierenden Eingreifens vor.

Der Sinn eines solchen „regulierenden Eingreifens“ ist natürlich der, daß bei etwaiger Anerkennung der Forderung nach Lohnsenkung eine gar zu schroffe Herabsetzung der Löhne vermieden werden soll. Ferner soll durch dieses Eingreifen die Gefahr von Streiks tunlichst ausgeschaltet werden. Das ist eine Politik, die durchaus gerechtfertigt erscheint und sich ganz von selbst empfiehlt.

Das gewichtigste Argument, das bisher für Lohnerhöhungen geltend gemacht wurde, bezog sich auf die mit jeder Lohnerhöhung angeblich verbundene Erhöhung der Kaufkraft. Die Beweisraft dieses Arguments ist allerdings für jeden, der sich einen Blick für Realitäten bewahrt hat, durch die Erfahrungen der letzten Jahre hin-fällig geworden. Denn faktisch ist die Kaufkraft nicht gehoben, sondern mit jedem Jahre mehr herabgedrückt worden. Durch die Lohnerhöhungen haben sich die Produktionskosten verteuert. Und das hat Erhöhung der Verkaufspreise mit sich gebracht, die schon allein eine tatsächliche Kaufkraftvermehrung ausschloß. Das Schlimmste aber war, daß, weil die Kaufkraft sich nicht vermehrte, die Produktionskosten aber nach wie vor zu teuer blieben, Konkurse oder Stilllegungen von Betrieben stattfanden, die regelmäßig, je nachdem, Hunderte oder Tausende von Arbeitern brotlos machten. Auch dann, wenn diese erwerbslos gewordenen Arbeitnehmer die Unterstützungsbeträge der Arbeitslosenversicherung empfangen, haben diese Beträge, die immer unter dem üblichen Lohn liegen müssen, die Kaufkraft keineswegs größer werden lassen, sondern durch die wachsende Arbeitslosigkeit ist die Kaufkraft immer mehr gesunken.

So hat denn auch das Reichskabinetts durch den Mund seiner in diesen Fragen führenden Minister ohne weiteres zugegeben, daß ohne jene Lohnerhöhungen und ohne die damit verbundenen Preiserhöhungen die Arbeitslosigkeit in Deutschland nicht annähernd den gegenwärtigen Umfang haben würde, und daß die deutschen Arbeitneh-

mer trotz niedrigerer Nominallohne den gleichen Reallohn haben würden als jetzt. Dabei würde aber die Kaufkraft wegen der geringeren Arbeitslosigkeit größer sein. Prinzipiell ist der Reichsarbeitsminister soweit gegangen, zu betonen, daß das deutsche Volk unter Umständen sogar eine vorübergehende Senkung des Reallohnes auf sich nehmen müßte; das drängendste Problem seien eben gegenwärtig die Preissenkung und, um dieses Ziel zu erreichen, die Senkung aller Produktionskosten.

Das amtierende Reichskabinett setzt sich aus Männern zusammen, denen soziale Gedankengänge durchaus vertraut sind, und von denen man wohl erwarten darf, daß sie keiner Politik zustimmen, die wirklich den deutschen Arbeitnehmer verletzende läßt. Im Gegenteil! Die ganze Politik des Kabinetts zielt darauf hin, gerade die jetzige Verelendung — denn eine Arbeitslosigkeit von mehr als 3 Millionen Menschen bedeutet bereits Verelendung — zu bekämpfen. Es wäre gut, wenn alle Volksgenossen und alle Parteien die Reichsregierung bei dieser ihrer Politik unterstützen würden.

Leider ist das noch nicht in dem wünschenswerten Maße der Fall. Und gerade der sozialpolitische Teil des Regierungsprogramms wird ausgenutzt, um unser Volk noch mehr untereinander zu verhetzen. Diese Verhetzung hat allmählich Formen angenommen, die eines Kulturstaates unwürdig sind. Es vergeht kaum ein Tag, an welchem nicht Prügeleien zwischen den Vertretern der radikalen Parteien stattfinden.

Wenn nun andere Parteien, die sich bisher derartiger Kampfmethoden enthielten, neuerdings dazu übergehen, auch ihrerseits Organisationen der Tat, Organisationen der Abwehr mit den Mitteln der Gewalt zu schaffen, so ist das gewiß nicht angetan, die Gemüter zu beruhigen oder die Gegensätze zu versöhnen, sondern nur zu sehr geeignet, das Bild des Kampfes aller gegen alle noch weiterhin abzurufen.

Daß diese Organisationen benutzt in den Dienst einer Politik der Gewalttätigkeit gestellt werden sollen, ergibt sich aus den Pressekommentaren ganz von selbst. Es ist ein interessanter Zufall, daß fast an dem gleichen Tage, an welchem in dem nationalsozialistischen Organ *Karlsruher zur Bildung einer Schwerathletenabteilung* (1) aufgerufen wurde, im sozialdemokratischen Organ der Artikel eines Korrespondenzherausgebers abgedruckt wurde, in dem die Tätigkeit der neu zu gründenden sozialdemokratischen Abwehrorganisationen folgendermaßen umschrieben wurde: „Es steht zu hoffen, daß diese Abwehr energisch und rücksichtslos erfolgt. Niemals angreifen, aber rücksichtslos energisch zugreifen und draufschlagen, daß die Schädel knacken!“

Wahrlich, es ist eine Lust zu leben! Zu leben in einer Zeit, in der ganz offen dazu aufgefördert wird, „energisch zuzuschlagen, daß nur so die Schädel knacken“. Wenn nur immer am richtigen Ort zugeschlagen würde! Dann könnte man noch dieser Faustrechtparole einigermaßen Geschmack abgewinnen. Aber welche parteimäßig organisierte Gruppe verbürgt uns, daß die schädelknackenden Schläge, die sie ausstößt, auch wirklich vom Geist immanenter Gerechtigkeit inspiriert sind?

Und dann noch eines: die Aufgaben der Polizei werden durch ein Weiterumsichgreifen solcher Kampfmethoden gewiß nicht erleichtert. Und es berührt fast etwas komisch, daß jemand, der der Polizei wegen mangelnder Aktivität Vorwürfe macht, mit demselben Atemzug neue Organisationen empfiehlt, die, wenn sie funktionieren sollten, die Polizei vor kaum noch lösbare Aufgaben stellen. So viele Schulleute gibt es gar nicht, um die ganze Welt, wenn sie sich durchaus verprügeln will, bändigen zu können!

Karlsruher Kunstausstellungen

Das Gesicht der Ausstellung im Badischen Kunstverein ist diesmal sehr bunt. Es sind Studien und Skizzen des Künstlerbundes Karlsruhe ausgestellt. Der qualitative Unterschied zwischen den einzelnen ausgestellten Studien ist außerordentlich groß. Gerade bei Studien und Skizzen muß man sich erst einmal hineinsehen in die verschiedenen Handschriften, die hier deutlicher und unmittelbarer zum Ausdruck kommen als etwa bei Gemälden. Unter den außerordentlich wirkungsvollen Landschaftsstudien von Nagel, die man immer wieder mit Freude betrachtet, fällt besonders eine Schwarzwaldbandschaft auf. — Winkler zeigt sehr farbige, kleine Aquarelle. Ganz Sprung ist mit einigen flott hingeworfenen Landschaftsstudien vertreten. Von Fiffeler sind ein paar lustige Bauernszenen zu sehen. Von Hermann Kupferschmid interessieren wohl am meisten die Landschaftsaquarelle. Sehr amüsanter sind die Skizzen von Friedr. Winkel. Mir fiel besonders das kleine Bildchen einer Vorgebirgslandschaft auf, während die Schwarzweiß-Zuschläger, allzu betruht allerdings, sehr geschickt alte Meister nachahmen. Erwähnt seien noch die Maskenfliegen von Poo Puhonny. R. F.

Dr. Edener Vorsitzender der Aeroarctie. Dr. Edener wurde am Mittwoch als Nachfolger des verstorbenen Polarforschers Ransen zum Vorsitzenden der Aeroarctie gewählt. — Dr. Edener sprach in Berlin auf dem Jahresbankett der Amerikanischen Handelskammer. Er sagte u. a., daß mit der Fahrt des ZR 3 nach Amerika bereits der Beweis erbracht sei, daß man einen Transozeanflug mit Luftschiffen meistern könne. Die furchtbaren Auswirkungen des englischen Luftschiffunglücks könnten nur die sekundäre Folge einer Explosion sein. Er habe bereits vor Jahr und Tag hervorgehoben, daß der Luftschiffverkehr nur mit Heliumgas gefüllten Luftschiffen durchzuführen wäre. Nach dem Unglück des englischen Luftschiffes ist in Friedrichshafen der Bau des neuen Luftschiffes auf Helium umgestellt worden. Außerdem sei bei dem Neubau endgültig auf Benzinmotore verzichtet worden. Man würde in Zukunft nur noch Kolbenmotore einbauen. Die letzte Ursache der Katastrophe des englischen Luftschiffes scheine ihm in dem Leerlaufen einer Gaszelle zu liegen. Nach seiner Ansicht würde sich der Luftschiffverkehr auch in wirtschaftlicher Beziehung lohnen. Die Entwicklung des Luftschiffverkehrs schreite mit amerikanischer Hilfe voran.

Zur Reichstagswahl in Baden

IV.
Die Einheitsliste (Deutsche Volkspartei — Deutsche Staatspartei)

R.A. Auf die Einheitsliste, die durch ein Wahlbündnis der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Staatspartei in Baden zustande kam, entfielen am 14. September 1930 insgesamt 114 732 Stimmen, das sind 9,7 v. H. aller gültig abgegebenen Stimmen. Mit diesem Ergebnis steht die Einheitsliste an vierter Stelle unter den Parteien.

In sämtlichen Amtsbezirken wurden für die Einheitsliste Stimmen abgegeben. Die größte Stimmzahl wiesen auf die Amtsbezirke Mannheim (21 889), Karlsruhe (12 022), Heidelberg (8640), Forzheim (8062), Freiburg (7411), Rastatt (6881), und Konstanz (5889). 1000 bis 5000 für die Einheitsliste abgegebene Stimmen wurden in 19 Bezirken festgestellt, weniger als 1000 Stimmen in 14 Amtsbezirken. Die geringste Stimmzahl wurde in den Bezirken Pfalldorf (411), Buchen (348), Adelsheim (332) und Wertheim (280) ermittelt.

Berechnet man den Anteil der für die Einheitsliste abgegebenen Stimmen an der Gesamtzahl der gültigen Stimmen, so stehen an erster Stelle die Amtsbezirke Stodach (21,0 v. H.) und Überlingen (17,7). Ihnen folgen die Bezirke Mühlheim (13,7), Neustadt (13,3), Konstanz (13,0), Forzheim (12,8), Donaueschingen (12,6), Mannheim (12,4), Wehrhahn (11,5), Rastatt (11,4), Emmendingen (11,3), Heidelberg (11,2), Adelsheim (10,4) und Freiburg (10,3). Der Anteil der auf die Einheitsliste entfallenden Stimmen beträgt in 28 Bezirken weniger als 10 v. H. Von diesen haben den geringsten Anteil die Bezirke Laubersheim (3,1), Wertheim (3,0) und Buchen (2,7 v. H.).

Bei Betrachtung der Ergebnisse in den einzelnen Gemeinden ergibt sich, daß sich unter den 1526 Gemeinden bzw. Wahlorten 1458, das sind 95,5 v. H., befinden, in denen Stimmen für die Einheitsliste abgegeben wurden. Die Einheitsliste erhielt in 10 Gemeinden mehr als 1000 Stimmen, und zwar in Mannheim (19 705), Karlsruhe (9513), Heidelberg (6723), Forzheim (6002), Freiburg (6046), Baden (4181), Konstanz (3099), Laub (1189), Offenburg (1166) und Emmendingen (1009). Gemessen an der Zahl der auf die einzelnen Parteien entfallenden Stimmen war die Einheitsliste die stärkste Partei in 19 Gemeinden. Mehr als die Hälfte aller gültig abgegebenen Stimmen entfiel auf die Einheitsliste nur in 4 Gemeinden, nämlich in Hedel (70,5 v. H.), Schwadenreute (64,5), Mühlheim (56,2) — sämtlich im Amtsbezirk Stodach gelegen — und in der im Amtsbezirk Donaueschingen liegenden Gemeinde Oberbaldingen (51,0 v. H.). 40 bis unter 50 v. H. aller Stimmen erhielt die Einheitsliste in 7 Gemeinden, 30 bis unter 40 v. H. in 14 Gemeinden und 20 bis unter 30 v. H. in 65 Gemeinden.

Gegenüber der Reichstagswahl im Jahr 1928 ergeben sich folgende Unterschiede:

1. Im Jahr 1928 erhielten die Deutsche Volkspartei und die Deutsche Demokratische Partei 85 557 Stimmen mehr als die Einheitsliste im Jahre 1930. Der Stimmenanteil dieser Parteiengruppe betrug bei der Reichstagswahl 1928 16,5 v. H., bei der Reichstagswahl 1930 nur 9,7 v. H.
2. Auf die Deutsche Volkspartei und die Deutsche Demokratische Partei entfielen 10 v. H. und mehr aller Stimmen in 31, auf die Einheitsliste in 14 Amtsbezirken.
3. Die Hälfte aller gültig abgegebenen Stimmen und mehr erhielt die Parteiengruppe im Jahr 1928 in 9 Gemeinden, im Jahr 1930 in 4 Gemeinden.
4. Keine Stimme erhielten die Deutsche Volkspartei und die Deutsche Demokratische Partei in 42, die Einheitsliste in 68 Gemeinden.

* Bei dem Vergleich Einheitsliste (Reichstagswahl 1930) — Deutsche Volkspartei und Deutsche Demokratische Partei (Reichstagswahl 1928) ist zu beachten, daß die Einheitsliste eigentlich aus drei Gruppen besteht, nämlich Deutsche Volkspartei, Deutsche Demokratische Partei und die neugegründete Volkssolidarität Reichsbewegung, von denen sich die letzteren zwei zur Deutschen Staatspartei vereinigen.

Grubenkatastrophe in Amerika

150—160 Todesopfer

In Millfield im Staate Ohio ereignete sich ein Bergwerksunglück durch Explosion schlagender Wetter. Über 100 Bergleute sind noch eingeschlossen. Es ist mit 160 Toten zu rechnen. Die Rettungsarbeiten begeben außerordentlichen großen Schwierigkeiten, da die Einsatzstellen vollkommen vergast waren.

W.D. Millfield (Ohio), 6. Nov. (Tel.) Die Bergwerksinspektion teilte nach Besichtigung der von der Schlagwetterexplosion betroffenen Kohlengrube mit, daß 150 bis 160 Bergleute ums Leben gekommen sind. An der Gattung vieler Toten war zu erkennen, daß sie verzweifelte Anstrengungen gemacht hatten, den tobenden Gasen zu entgehen. 10 Tote wurden in der Nähe des Eingangs an der Ventilation gefunden, wo sich offenbar das Explosionszentrum befindet. Die der Explosion zum Opfer gefallenen Bergleute sind Mitglieder der Sunday Creek Kohlengrube, die unter dem Namen der Besichtigung des Bergwerks unternommen.

Obwohl das Rettungswert in Millfield durch die Vergasung erheblich erschwert wird, gelang es doch, 26 Bergleute lebend zu bergen. 20 von ihnen befanden sich jedoch in einem so bedenklichen Zustand, daß sie zunächst in dem Bergwerk zurückgelassen werden mußten, die übrigen 6 wurden dem Krankenhaus zugeführt. Nach den vorläufigen Feststellungen ereigneten sich mindestens zwei Explosionen.

Tumulte im Berliner Rathaus. Im Berliner Rathaus kam es Mittwoch abend zu schweren Zusammenstößen. Im Stadtverordnetenversammlungsaal tagte eine Bezirksversammlung, im Bürgeraal die kommunistische Gesellschaft „Roter Aufbau“. Bei der Wahl der unbesoldeten Stadträte Bänisch und Kasper kam es zu Tumulten, wie sie das Rathaus wohl noch nie gesehen hat. Stadtrat Bänisch mußte von der Polizei mit Gewalt aus dem Rathaus entfernt werden. Der Vorsitzende sah sich gezwungen, die Sitzung aufzuheben, ohne daß die Tagesordnung erledigt war.

Metallarbeiterstreik in Bielefeld. Die Belegschaft der Ankerwerke in Bielefeld ist in Stärke von etwa 1150 Mann in den Streik getreten. Seit dem 1. Oktober arbeiten die Metallarbeiter in Bielefeld tariflos. Der Konflikt umfaßt sowohl die Löhne wie die Arbeitszeit, die Ferientage und die Akkordberechnung.

Wechsel im russischen Innenministerium. Das Präsidium des Zentralerekutivkomitees der R.S.F.S.R. hat — wie aus Moskau gemeldet wird — beschlossen, den bisherigen Vorsitzenden des Volkskommissarenrats Innenrußlands, Swroff, seiner Amtsbürde zu entbinden. Der stellvertretende Volkskommissar, Sultimoff, wurde zum Vorsitzenden des Volkskommissarenrats der R.S.F.S.R. ernannt.

Aus den Ländern

Der Fall Franzen

Vor dem Landgericht in Braunschweig fand am Mittwoch die Verhandlung gegen die sozialdemokratische Zeitung „Volkshilfe“ wegen des „Falles Franzen“ statt. Der braunschweigische Minister Dr. Franzen hatte gegen das Blatt eine einseitige Verfügung erlassen, durch die es diesem unterzogen wurde, beleidigende Behauptungen gegen Dr. Franzen weiterzugeben, bis der Hauptprozeß eine endgültige Entscheidung brachte. Nach achtstündiger Verhandlung wurde vom Gerichtshof die Entscheidung über das Urteil auf den 17. November festgesetzt.

Der Minister gab im Verlaufe seiner Darstellung zu, daß er nicht gleich den verhafteten Landwirt Guth identifiziert habe. Zeuge Polizeihauptmann Wehrmann gab eine andere Darstellung. Er sagte aus, daß Franzen den Landwirt Guth ungewissenshaft als den Abgeordneten Lohse identifiziert habe. Der Zeuge Kriminalassistent Graf erklärte: Auf die direkte Frage, ob der Verhaftete der Abgeordnete Lohse sei, habe Dr. Franzen geantwortet: „Ja, das ist der Abgeordnete Lohse. Er ist ein Parteifreund von uns.“ Erst später habe Dr. Franzen ihm persönlich gesagt: „Ich wollte den Guth nicht bloßstellen auf der Wache vor allen diesen Menschen. Es ist nicht Lohse.“ Polizeimajor Heinrich erklärte auch auf energisches Vorhalten von Minister Dr. Franzen, daß Franzen ihn ausdrücklich auf die Immunität des Verhafteten aufmerksam gemacht habe. Daraufhin habe Heinrich erwidert, daß diese von Franzen behauptete Immunität nicht in diesem Fall in Frage komme, da der Verhaftete in flagranti erfaßt worden sei. Darauf antwortete Minister Dr. Franzen: „Ich legitimiere den Herrn, den Sie verhaftet haben. Sie haben kein Recht, ihn zu verhaften und festzuhalten.“ Der Landwirt Guth sagte aus, daß er bei der Eröffnung des Reichstages auf Grund dieses Abgeordnetenaustrittes der ersten Sitzung auf der Abgeordnetentribüne habe sitzen wollen und auch beigewohnt habe, da er auf andere Weise nicht mehr habe in den Reichstag hineinkommen können. Auf die Frage, weshalb er nach seiner Entlassung Minister Dr. Franzen aus einem Bierlokal habe holen lassen, erklärte Guth, er habe ihn rufen lassen in der Hoffnung, daß Dr. Franzen ihn als den Abgeordneten Lohse legitimieren könnte und ihn aus der unangenehmen Situation befreien werde.

Heute, Donnerstag, fand der Termin im Zivilprozeß Dr. Franzen gegen den „Volkshilfe“ in derselben Angelegenheit statt. Franzen hatte auf Unterlassung der Angriffe und Behauptungen geklagt. Das Gericht vertagte die Verhandlung bis nach Verkündung des Urteils in der gestrigen Angelegenheit auf den 20. November.

Die Verablieferung der Reichspost an das Reich soll künftig in genau festgesetzten Prozentzahlen der Betriebseinnahme bestehen.

Die deutsche Delegation für den Abrüstungsausschuß ist unter Führung des Grafen Bernstorff vollständig in Genf eingetroffen.

Do X in Amsterdam

Friedrichshafen—Amsterdam in 5 Stunden 10 Minuten

Das Flugzeug „Do X“ landete am Mittwochmorgen um 16.30 Uhr glatt dicht in der Nähe des großen Flugzeugparks des Amsterdamer Marineflughafens Schellingwoude. In Baden ging die Fahrt den Rhein entlang. Nach dem Passieren Maxau kurz vor 18.52 Uhr, war das Flugzeug um 14.13 über Mannheim-Ludwigshafen. Dann wurde passiert Mainz 14.35, Koblenz 15.00, Bonn 15.28, Köln 15.55, Düsseldorf 15.45, Duisburg 16.00, die holländische Grenze 16.15 Uhr.

Bei der Landung im Amsterdamer Marineflughafen wurde der Befehl gegeben, die lebhafte Huldigung dargebracht. Mehrere drohende Zusammenstöße zwischen den Motorbooten und dem Flugzeug konnten nur mit Mühe vermieden werden. „Do X“ dürfte mehrere Tage in Amsterdam bleiben. Er wird zunächst einige Probe- und Vorführungsflüge vornehmen. Für heute ist eine offizielle Besichtigung des Flugzeuges vorgesehen, zu der Einladungen an mehr als 600 Persönlichkeiten ergangen sind. Die Polizei mußte umfassende Vorbereitungen für die Regelung des Verkehrs treffen.

W.D. Amsterdam, 5. Nov. Über den Flug der Do X ist noch zu berichten: Die Strecke Friedrichshafen—Amsterdam wurde in nur 5 Stunden 10 Minuten zurückgelegt. Die Durchschnittsgeschwindigkeit betrug 164,80 Kilometer. Der Kommandant der Do X, Kapitän Christmann, äußerte, das Flugzeug habe sich vorzüglich benommen. Es habe allen Erwartungen entsprochen und in keiner Hinsicht enttäuscht. Auch verschiedene Mitglieder der Besatzung äußerten sich sehr lobend über die Eigenschaften der Do X und erklärten, daß sie der Weiterfahrt mit großen Erwartungen entgegensehen.

Kleine Chronik

Das deutsche Großflugzeug G 38, das Mittwoch vormittag nach seinem ersten Start wegen starken Gegenwindes zunächst nach Barcelona zurückgekehrt war, startete später erneut und landete um 4.10 Uhr in Madrid. Die Mannschaft wurde auf dem Flugplatz von dem Infanten Don Alfonso und zahlreichen spanischen Fliegern begrüßt.

Das weltbekannte Café Bauer in Frankfurt a. M. hat wegen finanzieller Schwierigkeiten seine Pforten geschlossen. Die Verbindlichkeiten belaufen sich auf mehrere 100 000 RM. Die Zahlungsschwierigkeiten haben u. a. ihren Grund auch in der Kündigung eines Kredits, den die Frankfurter Spar- und Kreditbank gewährt hatte.

Auf der Jagd Rambo bei Hamm wurde durch herabstürzende Gesteinsmassen 4 Bergarbeiter verunglückt. Einer ist tot, während die übrigen zum Teil lebensgefährliche Verletzungen davongetragen haben.

Unter aufopfernder Arbeit konnten — wie aus Bällschau gemeldet wird, bisher die Oberdämme und die Dämme des Rücktauggebietes der Odra gehalten werden. Da das Wasser heute Nacht in Aufstau 10 Zentimeter gesunken ist, besteht die Hoffnung, daß die Oberdämme weiter gehalten werden können.

In Stettin wurde der frühere Schlachthofdirektor Dr. Basel wegen fortgesetzter Untreue, schwerer Urkundenfälschung, Bestechung und Betruges zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Zu den Vorgängen in der Fleischwarenfabrik Struck der Karstadt-W.G. in Braunschweig veröffentlicht die Firma eine längere Mitteilung, in der sie der Ansicht Ausdruck gibt, daß bei der behördlichen Sicherstellung der beanstandeten Fleischvorräte nicht so vorgegangen worden sei, daß eine einwandfreie Klärung des Sachverhaltes noch möglich bliebe.

Einclair Lewin literarischer Nobelpreisträger. Der amerikanische Autor Einclair Lewin wurde von der schwedischen Akademie zum Träger des literarischen Nobelpreises für 1930 bestimmt.

Die Ursache der Maybacher Katastrophe

Die „Frankf. Ztg.“ bringt eine Meldung, nach der bei den Instandsetzungsarbeiten auf Grube Ranbach in einem schlagwetterreichen Ausbau der vierten Sohle eine Benzinsicherheitslampe in unversichertem Zustand vorgefunden worden sei. Sogar der Glaszylinder sei unbeschädigt gewesen. Dagegen sei die Schutzkappe über dem Drahtzieher abgedreht worden, und an dem Sieb sollen deutliche Zeichen dafür vorhanden sein, daß es geblüht hat. Es besteht nunmehr um so mehr Grund zu der Annahme, daß diese Lampe die Ursache der Explosion war, als von dem Ausbau an nach beiden Seiten die Wirkungen der Explosion in der vierten Sohle gleichmäßig erkennbar sind.

Wie auf Erfundigung bei der französischen Verwaltung des Bergwerks mitgeteilt wird, entspricht diese Meldung den Tatsachen, und es ist möglich, daß die Ursache der Explosion hierin zu suchen ist. Von bergschadtmännlicher Seite dagegen wird erklärt, daß ein derartiges Vorkommnis so sehr zu den Seltenheiten gehört, daß man mit seinem Urteil zurückhalten müsse, ob hierin tatsächlich die Ursache der Explosion liegt.

Die Prager Zwischenfälle. Außenminister Dr. Beneš hat sich im Außenamt des Prager Senats für eine ruhige Beilegung des deutsch-tschechoslowakischen Zwischenfalles ausgesprochen.

Ein Reichlicher Generaldirektor zu Gefängnis verurteilt. Das Katowitzer Gericht verurteilte den Generaldirektor der Fürstlich Reichlichen Grubenverwaltung, Geheimrat Viktorius, zu zwei Monaten Gefängnis. Viktorius hatte an die ihm unterstellten Gruben ein Rundschreiben gerichtet, in welchem er die Grubenverwaltung ermächtigte, die Belegschaft zu verringern, da auf Veranlassung des Wojwoden Gracynski das Kohlenkontingent der Verwaltung an die Eisenbahndirektion Katowitz um 2000 Tonnen herabgesetzt sei. Der Wojwode erklärte in diesem Rundschreiben eine Beleidigung.

Krise in der englischen liberalen Partei. Infolge der Haltung der Liberalen zum konservativen Änderungsantrag zur Antwortadresse auf die Thronrede glaubt man in Londoner politischen Kreisen, daß die liberale Partei von einer schweren inneren Krise bedroht ist.

Badischer Teil

Die bisherige Zusammensetzung der 11 badischen Kreisversammlungen

Kreis:

- Konstanz: 37 Zentr., 7 Sozdem., 8 Dem., 1 Komm., 1 Rechtsblod, 2 Freie Bauernv., 1 Wirtsch. Vg.; auf. 57.
- Billingen: 13 Zentr., 3 Sozdem., 5 Dem., 1 Landbund, 1 Vgte. Rechtsgruppe u. Bauernv.; auf. 23.
- Waldshut: 10 Zentr., 4 Sozdem., 5 Dem., 1 Mittelstandsbg.; auf. 20.
- Freiburg: 29 Zentr., 11 Sozdem., 3 Dem., 3 Landbund, 2 Dtsch. Vp., 1 D. Natl., 4 Wirtsch. Vg., 1 Bauernv., 2 Bürgerl. Vg., 1 Vgte. Verbände d. Geschädigten; auf. 58.
- Rörsch: 6 Zentr., 6 Sozdem., 4 Dem., 1 Landbund, 1 Dtsch. Vp., 1 Komm., 3 Bürgerl. Wahlv.; auf. 29.
- Offenburg: 24 Zentr., 9 Sozdem., 5 Dem., 3 Landbund, 6 Dtsch. Vp., 1 D. Natl., 4 Wirtsch. Vg., 1 Bauernv., 2 Bürgerl. Vg., 1 Vgte. Verbände d. Geschädigten; auf. 58.
- Walden: 19 Zentr., 7 Sozdem., 2 Dem., 1 Dtsch. Vp., 1 Komm., 1 Rechtsblod; auf. 31.
- Karlsruhe: 21 Zentr., 26 Sozdem., 3 Dem., 3 Landbund, 7 Dtsch. Vp., 11 D. Natl., 5 Komm., 3 Wirtsch. Vg., 1 Wirtsch. Bürgerv., 1 Reichsp. f. Volksw. u. Aufw., 1 Sparschuhbund; auf. 82.
- Mannheim: 12 Zentr., 20 Sozdem., 4 Dem., 7 D. Vp., 3 D. Natl., 8 Komm., 3 Wirtsch. Vg., 3 Bezirksblod; auf. 60.
- Heidelberg: 15 Zentr., 10 Sozdem., 2 Dem., 5 Landbund, 2 D. Vp., 4 D. Natl., 2 Komm., 1 Bürgerl. Vg., 1 Bauernpartei d. Bürgergruppe; auf. 42.
- Mosbach: 27 Zentr., 55 Sozdem., 8 Landbund, 3 D. Natl.; auf. 43.

Anmerkung: Die Kreisversammlungen setzen sich zusammen aus:

- den nach den Grundgesetzen der Verhältniswahl gewählten Kreisabgeordneten;
- den durch Mehrheitswahl von den Kreisversammlungen hinzugewählten Mitgliedern der Kreisräte.

Als Vergleichsziffern für die Wahlen am 16. November kommen also zunächst die Ergebnisse der

Kreisabgeordnetenwahlen von 1926 in Betracht. — Damals wurden gewählt:

Kreis:

- Konstanz: 29 Zentr., 5 Sozdem., 6 Dem., 1 Komm., 1 Rechtsblod, 2 Freie Bauernv., 1 Wirtsch. Vg.; auf. 45.
- Billingen: 8 Zentr., 2 Sozdem., 3 Dem., 1 Vgte. Rechtsgruppe u. Bauernv.; auf. 14.
- Waldshut: 7 Zentr., 3 Sozdem., 3 Dem., 1 Mittelstandsbg.; auf. 14.
- Freiburg: 24 Zentr., 9 Sozdem., 2 Dem., 2 Landbund, 2 D. Vp., 1 D. Natl., 3 Wirtsch. Vg., 1 Bauernv., 2 Bürgerl. Vg., 1 Vgte. Verb. d. Gesch.; auf. 48.
- Rörsch: 5 Zentr., 4 Sozdem., 3 Dem., 1 Landbund, 1 Dtsch. Vp., 1 Komm., 3 Bürgerl. Wahlv.; auf. 21.
- Offenburg: 18 Zentr., 7 Sozdem., 4 Dem., 2 Landbund, 5 Dtsch. Vp., 1 D. Natl.; auf. 37.
- Walden: 15 Zentr., 6 Sozdem., 1 Dem., 1 D. Vp., 1 Komm., 1 Rechtsblod; auf. 25.
- Karlsruhe: 18 Zentr., 23 Sozdem., 3 Dem., 3 Landbund, 6 Dtsch. Vp., 9 D. Natl., 5 Komm., 3 Wirtsch. Vg., 1 Wirtsch. Bürgerv., 1 Reichsp. f. Volksw. u. Aufw., 1 Sparschuhbund; auf. 78.
- Mannheim: 11 Zentr., 17 Sozdem., 3 Dem., 6 Dtsch. Vp., 2 D. Natl., 7 Komm., 3 Wirtsch. Vg., 3 Bezirksblod; auf. 52.
- Heidelberg: 11 Zentr., 7 Sozdem., 2 Dem., 4 Landbund, 2 D. Vp., 3 D. Natl., 2 Komm., 1 Bürgerl. Vg.; auf. 32.
- Mosbach: 22 Zentr., 4 Sozdem., 6 Landbund, 3 D. Natl.; auf. 35.

Aus den Parteien

12 Listen in Mannheim. Für die Mannheimer Stadtverordnetenwahl sind nicht weniger als zwölf Listen eingereicht worden, die folgende Reihenfolge erhalten haben: 1. Zentrum, 2. Sozialdemokraten, 3. Deutsche Volkspartei, 4. Nationalsozialisten, 5. Deutsche Staatspartei, 6. Kommunisten, 7. Wirtschaftliche Vereinigung, 8. Ev. Volksdienst, 9. Deutschnationalen, 10. Volkswirtschaftspartei, 11. Christlich-Soziale, 12. Deutsche Erwerbslosen.

Gemeinschaftsliste in Emmendingen. In Emmendingen wurde eine Einheitsliste, bestehend aus Deutscher Volkspartei, Deutschnationaler Partei, Staatspartei und der Bürgerlichen Vereinigung aufgestellt. Zentrum, Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten und Evangelischer Volksdienst gehen mit eigenen Listen in den Wahlkampf.

Das Haftraba-Strassenprojekt

Der Verein zur Vorbereitung der Autostraßen Hauptstädte Frankfurt—Basel (Haftraba) hielt in Frankfurt unter dem Vorsitz von Ministerialdirektor Dr. Reiss (Darmstadt) seine 4. ordentliche Mitgliederversammlung ab. Der frühere Reichspostminister Giesberts sprach über die Schwierigkeiten, die sich dem Projekt entgegenstellen und die vom Verein geleistete Arbeit. Giesberts hatte als Vorsitzender des Verkehrsministeriums des Reichstages im Juli d. J. bereits die Zusage der Fraktionen zur Unterstützung des Haftraba-Projektes erhalten, als der Reichstag aufgelöst wurde. Er will den Kampf für das Projekt im jetzigen Reichstag weiterführen, sobald sich die politische Situation einigermaßen geklärt hat. Insbesondere wird es nötig sein, den § 13 des Finanzausgleichsgesetzes, der die Erhebung von Brücken- und Wegegebühren verbietet, von der Anwendung auf die Haftraba-Strassen auszuschließen.

Trotz der Not der Zeit werde das Projekt zur Durchführung kommen müssen. Zweifellos sei die Unerwartung ihrer Anlagen sowie mit Reparationslasten belastet sei, verständlich; doch sei das Auto kein ernsthafter Konkurrent gegenüber der Eisenbahn mit ihrem weitverzweigten, gut organisierten Verkehrsnetz. Neben der Berücksichtigung des Ruhens der Autobahnen für Handel und Industrie müsse Deutschland, das im Herzen Europas liege, darauf bedacht sein, den Durchgangsverkehr anderer Nationen über deutsche Autobahnen zu lenken, weil man sonst Gefahr laufe, daß der Durchgangsverkehr in andere Länder abgelenkt werde, die sich stärker für die Fernstraßen interessieren oder bereits solche Straßen besitzen. Wenn öffentliche Mittel zur Durchführung des Projektes zur Zeit nicht in Anspruch genommen werden könnten, müsse es der Privatwirtschaft überlassen bleiben, die Autofernstraßen zu bauen. Schließlich seien die Autofernstraßen von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung. Allein bei der Durchführung des Haftraba-Projektes könnten nicht weniger als 50 000 Menschen Beschäftigung finden und so die Erwerbslosenfürsorge des Reiches erheblich entlastet werden.

Die deutsche Siedlungsbank

Was schon seit Jahren von allen Siedlungsfreunden gewünscht und gefordert wurde, das ist mit der Errichtung der Deutschen Siedlungsbank am 1. Oktober in Berlin verwirklicht worden: einheitliche Verwaltung der Siedlungskredite und deren planmäßige Vergebung nach rein wirtschaftlichen Gründen. Es steht noch heute genügend Land bester Qualität für die Schaffung landwirtschaftlicher Siedlerstellen zur Verfügung und ebenso steht heute noch bestes Siedlermaterial zur Verfügung. Den Leuten muß nur Kredit gewährt werden, da sie eben aus den bekannten Gründen aus eigenen Kräften zu schwach sind. Gerade bei dem sonst brauchbaren Siedler aus Süd- und Südwestdeutschland ist dies der Fall. Wenn hier Siedlungslustigen circa 5000 M. beschafft werden können, ist dies schon allerhand. Es besteht gar kein Zweifel, daß, wenn diese Möglichkeit durch die neue Siedlungsbank geschaffen werden würde, mancher Badener auch seinen Weg nach Schlesien und vor allem auch nach Medienburg finden würde.

Durch zu geringe Beteiligung (nur 14 Siedlungslustige) mußte die dieser Tage geplante Besichtigungsfahrt nach der Steiermark auf nächstes Frühjahr verschoben werden. — Von der Südd. Siedlungsgenossenschaft Stuttgart ist für den 18. November d. J. eine Besichtigungsfahrt nach Medienburg geplant. Die Fahrt erfolgt unter Führung des Herrn Bohn (Stuttgart), dem Geschäftsführer der Genossenschaft. Es handelt sich hier um die Besiedlung des ehemaligen Rittergutes Heßeln bei Müritzenburg. Bis jetzt haben sich 10 Müritzenberger dort angesiedelt.

Einhalten der Rundfunkzeiten

Die Funkhilfe des Süddeutschen Rundfunks teilt mit: Nach §§ 19 und 23 des Gesetzes über Fernmeldeanlagen vom 14. Januar 1928 sind Störungen des Funtempfanges ausdrücklich verboten und mit empfindlichen Strafen bedroht. Als besonders gefährliche Hauptgrundzeiten sind im Bereich des Süddeutschen Rundfunks die Zeiten von 12 bis 14 Uhr und von 18—23 Uhr an Werktagen, und von 11 bis 24 Uhr an Sonntag und Feiertagen festgesetzt.

Aus der badischen Industrie

Lohnabbau in der Lederindustrie. Ein auf Antrag der Arbeitgeber zusammenberufenes Schiedsgericht in Weinheim hat beschlossen, die Löhne der Lederarbeiter bei den Lederwerken Hirsch um 6 Proz. ab 3. November und bei der Firma Freudenberg um 5 Proz. ab 1. Dezember zu kürzen. Eine Urabstimmung wird über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches entschieden.

Auch die Handelskammer Heidelberg gegen die Tabaksteuer. Die Heidelberger Handelskammer sandte nach Bekanntwerden der neuen, in erster Linie gegen Mandatstadt und Zigarren gerichteten Steuerpläne an das Reichsfinanzministerium ein Schreiben, in dem gleichfalls auf die schweren Folgen dieser Pläne für die Tabakindustrie hingewiesen wird. Es handle sich um die Zukunft eines heute noch geblühenden Zweiges unserer Wirtschaft. Sie spricht daher die dringende Bitte aus, von den geplanten Maßnahmen, deren Erfolg in keinem Fall im Verhältnis zu den unvermeidlichen Schäden stünden, abzusehen.

Stillegung der Gelatinefabrik in Ziegelhausen bei Heidelberg. Aus Gründen der Konzentration und Rationalisierung wurde die Gelatinefabrik Stütz verschiedene Umstellungen vornehmen. Eine Folge dieser Umstellung ist die Stillegung des Ziegelhausener Betriebes, was auch mit der Verlegung der Werke nach Eberbach zusammenhängt. Sinzu kommt noch, daß die Saison für Fertigfabrikate zur Zeit sehr schwach ist. Infolgedessen ist der Belegschaft und den kaufmännischen Angestellten vorzeitig gekündigt worden.

Zwangsvorsteigerung einer Zigarrenfabrik. Die Zigarrenfabrik der Firma Julius Hans in der Nauenerberger Straße in Diehlheim (Wiesloch), die einen Steuerwert von 25 000 M. besitzt, wurde zwangsversteigert. Das Höchstgebot wurde von zwei Hypothekengläubigern, der Firma Maxapfel in Untergröndach und J. A. Unger, Hamburg, gemeinsam, bezw. mit von 9000 M. zwei Drittel Beteiligung abgegeben.

Tagungen

Der badische Krüppelfürsorgeverein veranstaltet am Samstag, den 15. November, nachmittags 14 Uhr, im Wielandheim (Krüppelheim) der orthopädischen Anstalt Heidelberg-Schlierbach seine Landesversammlung mit anschließender Besichtigung des neugebauten Wieland-Heimes (Krüppelheimes).

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Die neue Sturmzyklone war heute Nacht über Westfrankreich angelangt. Unter ihrem Einfluß ist nach der gestrigen kurzen Aufbesserung bereits wieder Bewölkung aufgekommen. Während in tieferen Lagen die Luft noch mit Schwinden dem heranziehenden Tief zutrifft, herrscht in der Höhe heute früh schon kräftiger Süd. Mit dem baldigen Eintritt von Regen ist daher heute zu rechnen. Wetterausblick: Wolkig, zeitweise Regen und etwas milder, wechselnde Winde.

Aus der Landeshauptstadt

Sur Seppelinlandung in Karlsruhe

am Sonntag, den 9. November, teilt der Verkehrsverein mit, daß die Landung am Sonntagmittag etwa 12 Uhr auf dem weiträumigen Flugplatz stattfinden soll. Dem Karlsruher Publikum und den großen Scharen auswärtiger Besucher, die ähnlich wie bei der Mannheimer Landung auch zu der Karlsruher erscheinen werden, ist Gelegenheit geboten, das stolze Luftschiff und die Landungsmanöver aus aller nächster Nähe bequem zu beobachten und ebenso die gelegentlich der Landung sonst noch vorgesehenen Veranstaltungen (Brieftaubenaufstieg, Segelflugzeug-Startproben, Rundflüge) in Augenschein zu nehmen, ja, sich daran, soweit möglich (Rundflüge), selbst zu beteiligen. Die Eintrittspreise sind so mäßig gehalten, daß jedermann sich einen Platz sichern kann. Verkehr und Zufahrt werden genau geregelt. Die Reichspost will Kraftwagenlinien nach Karlsruhe führen. In Karlsruhe selbst stehen zur Fahrt nach dem Flugplatz neben der Stadt. Straßenbahn die zahlreichen öffentlichen Kraftdroschken zur Verfügung. Nach der Landung haben die Gäste Karlsruhes Gelegenheit, noch eine Reihe von anderen Veranstaltungen zu besuchen, die die Vorstellungen im Badischen Landes-Theater und im Stadt. Konzerthaus (im Landes-Theater nachmittags 15 Uhr bis gegen 18 Uhr „Die Jüdin“, große Oper von Halevy, abends von 19½ bis gegen 22 Uhr „Die Bohème“, große Oper von Puccini, im Stadt. Konzerthaus abends 19½ bis 22 Uhr „Meine Schwester und ich“, Operette von Benatti). Die Eintrittspreise zu der Nachmittagsvorstellung sind gegenüber den üblichen Tagespreisen um nahezu 40 Proz. ermäßigt. Wer etwa mit dem Luftschiff von Karlsruhe nach Friedrichshafen zurückfliegen will, hat dazu noch Gelegenheit. Er besorge sich bei der Karlsruher Agentur der Hamburg-Amerika-Linie (Zigarrengeschäft E. F. Fieck, Kaiserstraße 215) frühzeitig eine Karte dazu.

Mit Rücksicht auf den zu erwartenden stärkeren Verkehr hat die Reichsbahndirektion Karlsruhe in größerem Umfange Verstärkungen der Züge sowie bei Bedarf Doppelführung der Züge vorgesehen.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus. Einen Abschnitt preussischer Geschichte erleben wir in der Neuaufführung des hervorragenden Filmes „König Louis Ferdinand“, des Helden von 1806. Das Stück läßt uns noch den tragischen Tod des Königen auf einem Erkundungsgang miterleben. Ein kleiner Propagandafilm für die am 9. November stattfindende Radiumspende zeigt uns die Bekämpfung der Krebskrankheit. Erschreckend hoch ist in Deutschland die Zahl derjenigen, die an dieser Krankheit ihr Leben lassen müssen. Die Propaganda über die Entstehung und Verlauf dieser Krankheit gibt auch den Trost, daß Krebs geheilt werden kann. Natürlich nur, wenn der Kranke gleich die nötigen Schritte dagegen tut. — Mit dem kleinen Landstrich um Eupen und Malmedy haben wir ein schönes Stück deutsches Land durch den Friedensvertrag verloren. Die Bodenschau schließt das reichhaltige und abwechslungsreiche Programm.

Badisches Landestheater. Der am Samstag, dem 8. November, stattfindende erste Tanzabend dieser Spielzeit empfängt seinen besonderen Reiz durch Mozarts wieder aufgefundenen Ballettdiptychum „Die Neustrukturierung oder die Liebesprobe“, für das sich Harald Josef Fürstenau das Aufführungsrecht für Karlsruhe zu sichern wußte. Die beiden Hauptfiguren der Fiesel und des Hiesel wurden von Emma Ladner und Harald Josef Fürstenau getanzt. — Auch in der anschließenden Neuaufführung der dramatischen Mittheilung „Josephslegende“ von Richard Strauß, deren Inszenierung Herr Fürstenau oblag, wirkt er selbst als „Josef“ und Emma Ladner als „Potiphar's Weib“ mit. Außerdem nehmen beide Aufführungen die Mitwirkung von Solotänzerinnen des Schauspielers und der Oper, sowie des gesamten Balletts, des Opernorch., der Fach- und Kinderballettschule und der Theaterakademie in Anspruch. Die musikalische Leitung hat Rudolf Schwarz. — Die Bühnenbilder erstellte Torsten Hecht. Für die kostümliche Ausstattung war Margarete Schellenberg befragt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	6. November		5. November	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.73	169.07	168.79	169.13
Kopenhagen 100 Kr.	112.10	112.32	112.15	112.37
Italien . . . 100 L.	21.94	21.98	21.95	21.99
London . . . 1 Pf.	20.362	20.402	20.365	20.405
New York 1 D.	4.1920	4.2000	4.1935	4.2015
Paris . . . 100 Fr.	16.462	16.502	16.457	16.497
Schweiz . . . 100 Fr.	81.325	81.485	81.37	81.53
Wien 100 Schilling	59.042	59.16	59.085	59.206
Prag . . . 100 Kr.	12.43	12.452	12.436	12.455

Der Einzelhandelsausschuß der Handelskammer Karlsruhe befaßt sich in seiner letzten Sitzung auch mit der fortschreitenden Zunahme der Wanderlagerbetriebe. Die badischen Handelskammern fordern seit langem deren härtere steuerliche Erfassung. In Preußen hat man nun die Veranstaltung von Wanderlagern der Wanderlagerbetriebe unterworfen, ebenso den Verkauf von einem Hausierauto aus, der die bisherige Form des Wanderlagers vielfach erfährt hat. Die gleichen Änderungen sollen auch für Baden beantragt werden. Weiter wurde beschlossen, beim Ministerium des Innern den Antrag auf Bestimmung anzulegen, die die Mitwirkung der Handelskammern bei der Prüfung von Konzessionsanträgen für den Kleinhandel mit Branntwein und Spirituosen auf Grund des neuen Gaststättengesetzes sichern.

Konzentration in der Uhrenindustrie. Der „Frankf. Ztg.“ zufolge hat der Kienzle-Konzern in Schwemningen die Aktienmehrheit der Dufa, Deutsche Uhrenfabrik Popitz & Co. Komm.-Ges. in Leipzig (Aktientapital 440 000 M.), der größten zusammengesetzten Uhrengehäusefabrik in Deutschland, erworben. Damit ist auch eine Interessensnahme an der Dufa, Deutsche Uhrenfabrik AG. in Mühlhausen (Thür.) verbunden, da deren Aktienmehrheit in den Händen der Leipziger Firma liegt. Die einzelnen Firmen werden wie bisher weitergeführt. Im Zusammenhang hiermit trat Herr Waldemar Popitz in den Vorstand der Kienzle-Uhrenfabriken AG. ein. Der Kienzle-Konzern gewinnt dadurch ein wertvolles Absatzgebiet. Im Dufa ein verbreiterte und gesicherte Produktionsbasis. Im übrigen gehen die Verhandlungen über eine völlige Verschmelzung der sechs Großfirmen weiter, und es scheint, daß die Aussichten für ein Zustandekommen der Fusion, für die sich bekanntlich der Enqueteausschuß in seinem Bericht über die Uhrenindustrie mit bemerkenswertem Nachdruck eingesetzt hat, in letzter Zeit gewachsen seien.

Ursprungszeugnisse für Frankreich und Saargebiet. Wie uns die Außenhandelsabteilung der Handelskammer Mannheim mitteilt, ist die Liste der Waren, die bei der Einfuhr in Frankreich und dem Saargebiet eines Ursprungszeugnisses bedürfen, mit Wirkung vom 25. November d. J. erweitert worden. Unter die neu hinzugekommenen Waren fallen Ge-

treide, Geflügel, Feigwaren, Zucker, Melasse, verschiedene Arten von Holz, Holzpfasterklöße usw., Kork, Holzstöße, Lein, Gelatine, Mehl u. a. m. — Die genaue Liste kann bei der Außenhandelsabteilung der Handelskammer Mannheim eingesehen werden. Die notwendigen Ursprungszeugnisse werden ebenfalls von der Außenhandelsabteilung der Handelskammer Mannheim ausgestellt. Sie sind mit einem Bismarck der französischen Konsulatsagentur in Mannheim zu versehen, das unentgeltlich erteilt wird.

Unveränderte Sparfahrszinsen. Die öffentlichen Sparfahrszinsen in Baden haben sich durch die vor kurzem erfolgte Heraufsetzung des Reichsbankdiskontsatzes nicht bestimmen lassen, ihre Zinssätze ebenfalls heraufzusetzen. Sie folgen damit dem schon früher in der Öffentlichkeit vertretenen Grundsatz, daß der Reichsbankdiskont allein keine Richtung für die Zinssätze der Sparfahrszinsen geben kann, da die Spargelder als Kapitalanlagen von längerer Dauer anzusehen sind, deren Zinssatz sich ausschließlich nach den Verhältnissen am Kapitalmarkt und nicht nach denen am Geldmarkt zu richten hat. Man kann somit, falls nicht unvorhergesehene Fälle eintreten, wenigstens für die ganze Restdauer des laufenden Jahres mit unveränderten Sparfahrszinsen rechnen.

Zur Lage in der deutschen Privatversicherung machte der Generaldirektor des Allianz-Versicherungskonzerns, Dr. Schmitt, Ausführungen. Ihre Prämieinnahme mit 2,7 Milliarden Reichsmark übersteigt die höchste Vorkriegssumme

um 600 Millionen Reichsmark. Der Bestand der Lebensversicherung Ende 1930 wird auf 19 Milliarden Reichsmark geschätzt. Während in den letzten Jahren das geschäftliche Ergebnis der Sachversicherung infolge hoher Schäden (Feuer, Hagel, Transport) schlecht war, ist es 1930 besser ausgefallen. Die Zusammenbrüche im Versicherungsgewerbe will Dr. Schmitt als Reinigungsstrafe angesehen wissen, die nur einen kleinen Bruchteil der Gesellschaften betreffe. Er bekräftigte die Einrichtung einer Versicherungskammer beim Reichsaufsichtsamt, die darüber entscheiden soll, ob Vorstandsmitglieder einer Versicherungsgesellschaft ihren Berufspflichten entsprechend gehandelt haben.

Die Godesberger Bank stellt ihre Zahlungen ein. Die seit 25 Jahren bestehende Godesberger Bank hat infolge des Zusammenbruchs mehrerer befreundeter Firmen am Montag ihre Zahlungen einstellen müssen. In der Nacht zum Mittwoch brachte sich der Hauptinhaber der Bank, Stadtrat Bankier Lunkes, eine schwere Schußverletzung bei, der er später im Krankenhaus erlag.

Der Badener Rheinhafen konnte im Monat Oktober trotz der Schwierigkeiten mit der Reichseisenbahn einen bisher noch nicht erlebten Umschlag verzeichnen, nämlich 109 707 Tonnen. Infolge des günstigen Wasserstandes des Rheins konnte sich der Verkehr auf dem Kanal sowie auf dem Rhein selbst die Waage halten. Für die ersten zehn Monate d. J. sind bald 1 Million Tonnen erreicht, ungefähr 946 347 Tonnen, gegenüber 535 510 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Kurze Nachrichten aus Baden

Bier Angehörige der NSDAP. verurteilt

Bad. Mannheim, 6. Nov. Vier Angehörige der NSDAP, die am 14. Juni abends 1/10 Uhr einen Überfall auf einen Arbeiter des Reichsbanners an der Siedingerstraße unternommen hatten und deshalb zu Gefängnisstrafen bis fünf Monaten verurteilt worden waren, legten gegen dieses Urteil Berufung ein. Die Zeugenaussagen ergaben jedoch kein anderes Bild als bei der ersten Verhandlung, so daß das Gericht nach längerer Verhandlung zur Zurückweisung der Berufung kam, da es nicht annehmen konnte, daß die Angeklagten in Notwehr gehandelt haben.

Bad. Mannheim, 5. Nov. Am kommenden Dienstag wird die neue Mädchenberufsschule ihrer Bestimmung übergeben. Die Übergabe des neuen Gebäudes an das Stadtschulamt findet mit einem kleinen Festakt in der Turnhalle statt.

Bad. Freiburg, 5. Nov. Im Hinblick auf die bevorstehenden Gemeindevahlen hat die Polizeidirektion das Versammlungsverbot für Kommunisten und Nationalsozialisten aufgehoben. Das Verbot von Versammlungen und Umzügen unter freiem Himmel bleibt dagegen nach wie vor bestehen.

Bad. Neudingen bei Waldshut, 5. Nov. Das für den Bau des Großkraftwerkes Neudingen angelassene Gelände konnte den bisherigen Eigentümern noch ein weiteres Jahr zur Ausnützung übergeben werden. Mit dem Baubeginn des Kraftwerkes scheint demnach erst Ende 1931 begonnen zu werden.

Badisches Volk! Hilf dir selbst!

Die Sterblichkeit an Krebs steigt; 8 Deutsche sterben stündlich an Krebs. In einem ländlichen Amtsbezirk mit 45 000 Einwohnern starben im ersten Halbjahr 1930 an Tuberkulose 6, an Krebs aber 33 Personen.

Der Krebs ist hauptsächlich eine Krankheit des mittleren und fortgeschrittenen Alters. Vom 40. Lebensjahr ab fällt jeder 10. Mann und vom 45. Lebensjahr ab schon jede 7. Frau dem Krebs zum Opfer.

Was ist Krebs?

Krebs ist eine sog. bösartige Neubildung (Geschwulst), vom Volksmund häufig auch „Geschwür“ genannt. Die ersten Anzeichen verursachen vielfach keine Schmerzen und werden deshalb in der Regel nicht beachtet oder verkannt.

Ist Krebs heilbar?

Früh erkannt und richtig behandelt, ist in der Regel Heilung, mindestens aber weitgehende Besserung möglich. Krebs heilt aber niemals von selbst oder durch Quacksalberei. Geht deshalb immer zum Arzt, nie zu einem Kurpfuscher.

Neben anderen wirksamen Behandlungsmethoden (Operation, Röntgenbestrahlung) ist heute

die Bestrahlung mit Radium

eine der erfolgreichsten.

Was ist Radium?

Radium ist ein Metallfals, welches drei Arten von Strahlen ausstrahlt, darunter eine solche, welche den menschlichen Körper noch besser durchdringt, als die Röntgenstrahlen. Es wird auf einem sehr komplizierten und daher äußerst kostspieligen Wege aus gewissen Erzen gewonnen, so z. B. aus der Uran-Verbindung. Zur Herstellung eines einzigen Gramms müssen etwa 5000 Tonnen Erz, also zehn Güterzüge mit je 50 Waggons bearbeitet und ausgelagert werden. Deshalb, und weil das Radium ausbeutewürdig eigentlich auf der ganzen Welt nur an zwei Stellen (belgisch Kongo und Tschschostowalek) vorkommt, der hohe Preis (Monopol).

Ein einziges Gramm dieses Radiumsalzes kostet heute ohne Instrumentarium rund 275 000 RM.

Wird der Preis in absehbarer Zeit sinken?

In den ersten 25 Jahren nach der im Jahre 1898 erfolgten Entdeckung konnten für den Bedarf der ganzen Welt insgesamt erst etwa 160 Gramm produziert werden. Da die Bedeutung des Radiums — und damit auch die Nachfrage — ständig zunimmt, die Produktion diesen Bedarf aber nicht decken kann, wird mit einem wesentlichen Sinken des Preises in absehbarer Zeit nicht zu rechnen sein, es sei denn, daß eine billigere Herstellungsmethode erfunden wird und dadurch auch andere Lager ausbeutewürdig werden (Konkurrenz). Bis dieser Umstand eintritt oder bis die gemeinsamen Bestrebungen der Krebsbekämpfungsvereine der verschiedenen Länder, durch gemeinsame Beschaffung des Radiums eine Senkung des Preises herbeizuführen, einen durchschlagenden Erfolg haben, kann man die armen Krebskranken nicht einfach ihrem Schicksal überlassen. In diesem Falle heißt es: Das eine tun und das andere nicht lassen.

Ist die Beschaffung von Radium für die Kliniken und Krankenhäuser nicht eine Aufgabe des Staates und der Gemeinden? so wird immer wieder gefragt.

Man kann diese Frage bejahen oder verneinen. Soviel ist ganz gewiß: Staat und Gemeinden stehen heute bei sinkenden Einnahmen, steigenden Lasten auf allen Gebieten, insbesondere aber auf dem der unmittelbaren Wohlfahrtspflege gegenüber. Selbst wenn diese Lasten beim Anziehen der Wirtschaft wieder geringer werden, ist doch auf Jahre hinaus nicht zu hoffen, daß sie in der Lage sein werden, die zum Ankauf von Radium erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Wer will aber verlangen, daß bis dahin die Krebskranken das als außergewöhnlich erfolgreich erkannte Heilmittel entbehren müssen?

Helft aufklären! Gebe deshalb jedermann nach seinen Kräften zur Helft Elend lindern!
Radiumspende des badischen Volkes zur Bekämpfung des Krebses vom 9. bis 16. November 1930

Karlsruhe, im Oktober 1930.

8.700

Badischer Landesverband zur Bekämpfung des Krebses

Ebenso wie in ganz Deutschland, ist auch in Baden viel zu wenig Radium vorhanden. Es ist berechnet worden, daß alle Krankenanstalten zusammen genommen, nicht einmal den vierten Teil jener Radiummenge besitzen, welche zur Befriedigung auch nur der dringendsten Bedürfnisse erforderlich wäre. Benötigt werden in Baden für etwa 8 Beratungs- und Fürsorgestellen je 100—200 Milligramm und für eine Großstation etwa 3 Gramm Radium.

Das badische Volk als Ganzes muß nunmehr in vorbildlicher Weise zusammenstehen, den Kampf aufnehmen und gemeinsam in kleinen und kleinsten Beträgen die Mittel beschaffen.

Der badische Landesverband zur Bekämpfung des Krebses kauft mit den gesammelten Geldern Radium und gibt dieses teilweise an die Kliniken und Krankenhäuser. Da das geschenkte Kapital nicht verzinst zu werden braucht, kann auf diese Weise die Behandlung der Krebskranken verbilligt werden.

Wenn das Radium zur Behandlung privat gehalten werden muß, entstehen im Einzelfall so hohe Kosten (mehrere Hunderte, ja Tausende von Reichsmark), daß sie fast niemand tragen kann.

Wer ist der Badische Landesverband zur Bekämpfung des Krebses und welche Aufgaben hat er?

Es ist ein Verein, dem vom Bad. Staatsministerium durch Entscheidung vom 2. Juni 1929 Körperschaftsrechte verliehen sind. In seinem Arbeitsausschuß sind neben den Ministerien, der Landesfürsorgebehörde, die Landesversicherungsanstalt, die Fürsorgeverbände, die Kreise, Städte und Gemeinden, die medizinischen Fakultäten der beiden Landesuniversitäten, die Ärzteschaft, die Krankenkassen sowie die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege vertreten.

Neben der Förderung der Erforschung der Krebskrankheiten und ihrer Bekämpfung betreibt er auch praktische Fürsorge bei bedürftigen Krebskranken durch Übernahme der teilweisen oder der ganzen Behandlungs- und Bestrahlungskosten. Alle Verwaltungsarbeit wird unentgeltlich von der Landesversicherungsanstalt Baden besorgt.

Der Landesverband ist also so recht die Vertretung des ganzen badischen Volkes im Kampf gegen den Krebs. Deshalb darf er sich auch für berechtigt halten, das badische Volk zur Selbsthilfe aufzurufen.

Die Durchführung der Radiumspende bezweckt neben der Geldsammlung auch eine großzügige Aufrüttelung des Volkes.

So wie die Tuberkulose als Volksseuche erkannt, gewertet, mit Erfolg bekämpft und zum Rückgang gezwungen wurde, so muß es auch beim Krebs werden.

Die für die Durchführung dieser Sammlung gemachten Aufwendungen an Zeit, Arbeitskraft und Geld werden ihren großen Nutzen selbst dann haben, wenn die Sammlung als solche mit Rücksicht auf die Verhältnisse nur einen im Verhältnis zum Radiumpreis geringen Betrag erbringen kann.

Niemand weiß, ob zu seiner eigenen oder zur Behandlung seiner Angehörigen einmal Radium gebraucht wird.

Eine Gabe zur Radiumspende ist daher nicht nur eine Tat echter Nächstenliebe, sondern zugleich auch eine Fürsorge für sich und die Angehörigen.

Sodann wenden wir uns an alle, welche den Krebs schon in ihrer Familie haben kennen lernen müssen und all die Körperliche und seelische Pein miterlebt haben, die er den Kranken und seiner Umgebung bereitet. Ihr seid die berufenen Mitkämpfer! Unterstützt die Sammlung durch Wort und Tat!

Wer will für die armen Krebskranken kein Opfer bringen?

Wer könnte nicht, auch wenn er noch so sparen muß, eine kleine Gabe freimachen?

Südfrüchte-Branche Verkäufer

für Märkte und Besuch der Ladengeschäfte — branchenfundierte Herren bevorzugt — zum baldigen Eintritt gesucht. Offerten mit eingehender Schilderung zeitweiliger Tätigkeit und Angabe von Gehaltsansprüchen unter Nr. 8.709 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

In unserer Maschinenbauabteilung ist zum 1. April 1931 eine planmäßige

8.708

Professorenstelle

für das Fach Wärmekraftmaschinen (Dampfessel, Dampftrakt-, Gas- u. Motormaschinen), Gruppe A 2 d der Bad. Beförderungsordnung vom 24. II. 28 zu besetzen.

Bedingungen: Abgeschlossene Hochschulbildung (Dipl.-Ing.) und reichliche Konstruktions- und Betriebserfahrung auf den einschlägigen Gebieten möglichst in selbständiger Stellung in größeren Betrieben. Lebensalter nicht über 38 Jahre.

Bewerbungen mit Lebenslauf, Lichtbild und beglaubigten Zeugnisabschriften sind bis spätestens 6. Dezember 1930 zu richten an die

Direktion des Bad. Staatsministeriums

(Bad. höhere technische Lehranstalt).

Karlsruhe, den 5. November 1930.

Lagerraum

(Nähe der Märkte)

möglichst mit Büro, per sofort zu mieten gesucht. Offerten unter K 710 an die Exp. der Karlsruher Zeitung

Bezirksassistentenarztstelle Pforzheim

Die Bezirksassistentenarztstelle in Pforzheim ist auf 1. Januar 1931 neu zu besetzen. Die Anstellung ist eine vertragsmäßige nach Vergütungsgruppe IX des Tarifabkommens für die Angestellten der bad. Staatsverwaltung. Bewerbungen sind binnen 4 Wochen hierher einzureichen.

8.711

Karlsruhe, den 4. November 1930.

Der Minister des Innern.

J. Wittmann.

DIE BEILAGEN DER KARLSRUHER ZEITUNG BADISCHER STAATSANZEIGER

Zentralhandelsregister für Baden
Badischer Zentralanzeiger für Beamte
Wissenschaft und Bildung
Badische Kultur und Geschichte
Badische Wohlfahrtsblätter
Amtliche Berichte des Bad. Landtags

machen sie zu einem vielbeachteten Insertionsorgan

Inserieren auch Sie

Sie werden bestimmt zufrieden sein